OZEANIEN

Australien als Feuerwehr

Der eine Premierminister, der Fidschianer Mahendra Chaudhry, 57, gilt offiziell als abgesetzt; der andere, der Salomone Bartholomew Ulufa'alu, 55, war zwar am vergangenen Dienstag auf Druck von Rebellen zurückgetreten, amtierte aber weiter – zumindest bis sich sein Parlament zur Machtfrage geäußert hat. Die blutigen Putschversuche auf den Fidschi-Inseln und den Salomonen sind die Fortsetzung eines politischen Flächenbrandes, der in Indonesien und auf den Philippinen begann und immer größere Bereiche der Region erfasst. In beiden pazifischen Inselstaaten geht es auch um ethnische Konflikte: auf Fidschi zwischen eingeborenen Melanesiern und indischstämmigen Bürgern, die zuletzt mit Chaudhry sogar den Regierungschef stellten, auf den Salomonen zwischen Bewohnern zweier Inseln. Auslöser sind ungeklärte Landrechte und wirtschaftliche Engpässe in den ehemals britisch verwalteten Gebieten. Das Mittel der Putschisten ist der Abu-Sayyaf-Guerrilla auf den Philippinen abgeschaut: spektakuläre Geiselnahme, wobei es diesmal die Premiers persönlich traf. Vor allem Australien ist Nutznießer der instabilen Lage; es kann sich weiter als regionale Ordnungsmacht profilieren, zumal salomonische Melanesier gleich nach Ausbruch der Unruhen um ausländische Intervention baten. Eine pazifische Friedenstruppe, deren Mitglieder aus verschiedenen Staaten der Region stammen und die vorwiegend von Canberra finanziert wird, existiert bereits seit vorigem Jahr, wenngleich sie noch nicht sehr schlagkräftig ist.

Putschanhänger, Fidschi-Soldat vor dem Parlamentsgebäude in

EUROPA

Ein Kommissar rechnet ab

Chris Patten, in der EU-Kommission zuständig für Außenbeziehungen, nahm vorige Woche die 15 Mitgliedstaaten der Union wegen außenpolitischer Stümperei an, wie es noch kein Kommissar vor ihm gewagt hatte: „Nach Art der Mafia" würden die EU-Länder der Kommission „Einladungen" zuteil werden lassen, „die man nicht ablehnen kann". Die Kommission solle beispielsweise die Außenminister der Mitgliedstaaten mit Ideen und Aktionen beliefern, um ihren Ansprüchen auf eine „muskulöse" gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu genügen. Die Konsequenzen für die Souveränitätsansprüche und den Bewegungsspielraum der nationalen Außenpolitik würden sie dann aber ablehnen oder nicht wahrhaben wollen. Patten sprach von „Schizophrenie".

Es gebe keine Übereinstimmung, was die EU eigentlich sei, und das mache sich besonders unangenehm im Bereich der Außenbeziehungen bemerkbar. Minister und Regierungschefs würden gern, schrieb Patten in seiner Philippika, die er bei der wöchentlichen Kommissionssitzung vorlegte, wohlklingende politische Erklärungen abgeben, dann „aber sehr zögerlich sein, die finanziellen und personellen Verpflichtungen ihrer Worte gegenzuzeichnen". Die Kommission habe sich mit den Widersprüchen zwischen Worten und Taten herumzuschlagen und die Kritik einzustecken, wenn die Ergebnisse nicht zufrieden stellend seien.

Mit seinem Generalangriff brach Patten auch den mühsam gewahrten Burgfrieden mit dem neuen Außenminister der EU, Javier Solana, der im Juni letzten Jahres von den Mitgliedstaaten zum Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernannt worden war. Auf Seiten Solanas, der auch für den Aufbau der geplanten EU-Streitmacht verantwortlich ist, gebe es eine wachsende Tendenz, Funktionen an sich zu reißen, die in der Verantwortung der Kommission liegen würden – so zum Beispiel die Balkanmission der Gemeinschaft. Das habe sich die Solana-Truppe ausgedacht und dann als „teures Baby vor der Tür der Kommission" abgelegt.

H. WAGNER

Widersacher Patten, Solana

Insgesamt, so das Urteil des Kommissars, mangele es der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik unter Solana an „Fleisch auf den Knochen". Es sei zwar immer von Strategien und Aktionen die Rede, doch damit sei in der Praxis „nicht viel" erreicht worden. Dagegen würden die Möglichkeiten der Kommission, einen gewichtigen Beitrag zu leisten, durch ihre begrenzte Rolle in der Außenpolitik behindert. Die Strukturen zu einer wirklichen Außenpolitik der EU befänden sich noch in „embryonalem" Zustand.

REUTERS

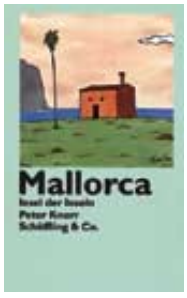
Salomonen-Premier Ulufa'alu

REUTERS

Suva

BÜCHER

Insel der Inseln



Auch die Ankündigung von Wasserknappheit, überbuchte Hotels und selbst Haifische in den Gewässern um die Balearen können sie nicht schrecken: Millionen deutscher Touris steuern jetzt wieder ihre Lieblingsinsel im Mittelmeer an: Mallorca. Dort haben sich bereits 70 000 germanische Immobilienbesitzer festgekrallt, viele mit dem Status des Residenten. Einer von ihnen ist Peter Knorr, einst Mitbegründer des Satire-Magazins „Titanic". Weil das schöne Eiland ganzjährig überlaufen ist, gibt Knorr den Rat: „Leute, bleibt weg. Es gibt Schöneres auf der Welt." Aber niemand hält sich daran. Selbst Mallorcas einstiges Image als „Putzfraueninsel" hält die gebildeten Stände nicht von massenhafter Heimsuchung der Insel ab. Unter dem Motto „Wir sind ein Volk – aber wir brauchen besseres Wetter", so Knorr, reisen die Germanen inzwischen gemeinsam an und verteilen sich dann getrennt über die Insel: „Die große Mallorca-Koalition aus kleinem, mittlerem und großem Geld, aus Urlaubskasse, Ladenkasse und schwarzer Kasse entspricht durchaus den gesellschaftlichen Verhältnissen zu Hause." Nur spüre man eben unter der Sonne des Südens auch die soziale Kälte nicht mehr so. Knorrs Miniaturen sind originell und amüsant*. Wider Willen sieht er sich von einer Schönen angebaggert, die ihn zu einer Fahrt auf seinem Boot verleitet. Statt Amouren aber gibt es Tränen, denn die Dame verstreut aus einer Urne die Asche ihres Liebsten – bei dem es sich um einen Barkeeper handelte, den auch der Autor kannte.

K.-B. KARWASZ

Mallorca-Urlauber

* Peter Knorr: „Mallorca". Verlag Schöffling & Co., Frankfurt am Main; 112 Seiten; 26 Mark.

LIBANON

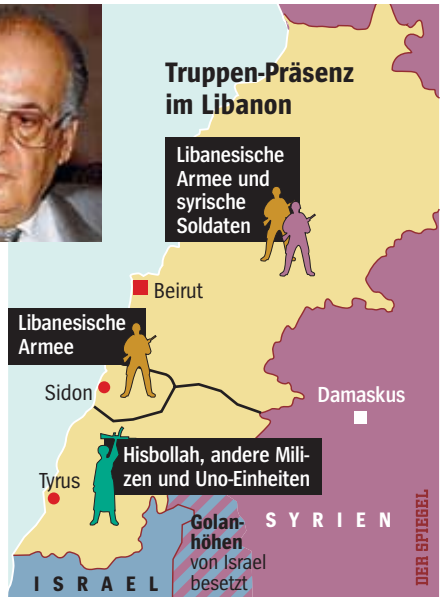
„Hisbollah hat sich vorbildlich verhalten"

Salim al-Huss, 70, Wirtschaftsprofessor und seit Dezember 1998 Ministerpräsident, über die Reaktionen auf den Abzug der Israelis aus dem Südlibanon

AP

Huss

SPIEGEL: Nach über 20 Jahren der Besetzung hat Israel den Süden Ihres Landes geräumt. Wird jetzt die Armee des Libanon dort nachrücken?
Huss: Das ist nicht so schnell getan. Erstens müssen wir uns davon überzeugen, dass die Israelis den Libanon vollständig geräumt haben. Dann müssen wir abwarten, was die Kontingente der Uno im Süden des Landes vorhaben. So viel ich weiß, sollen sie aufgestockt werden. Die Libanonarmee wird da nicht vorgreifen.
SPIEGEL: Fürchten Sie Kämpfe mit der islamistischen Hisbollah-Miliz?
Huss: Die Hisbollah hat sich bisher vorbildlich verhalten. Alle Warnungen vor Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung haben sich als gegenstandslos erwiesen. Außerdem haben wir ja schon die Polizei im Süden stationiert.



SPIEGEL: Über 6000 Menschen, vor allem Christen, haben in Israel Zuflucht gesucht, Deutschland will 40 Familien Asyl gewähren.
Huss: Niemand hätte zu fliehen brauchen, es hat keine Lynchjustiz gegeben.
SPIEGEL: Immer mehr Libanesen fordern jetzt den Abzug der syrischen Truppen.
Huss: Es war die Regierung des Libanon, die in den siebziger Jahren syrische Truppen ins Land rief, um während des damaligen Bürgerkriegs den Fortbestand des libanesischen Staatsverbands zu garantieren.
SPIEGEL: Das ist lange her. Warum sind die Syrer immer noch da?
Huss: Mit dem Abzug der Israelis hat sich viel verändert. Gewiss werden sich auch unsere syrischen Brüder wieder nach Hause begeben, wenn die Entscheidungsträger in beiden Ländern der Meinung sind, dass ihre Anwesenheit nicht mehr erforderlich ist.
SPIEGEL: Die USA und Israel erwarten die Einbürgerung der palästinensischen Flüchtlinge im Libanon.
Huss: Das kommt für uns nicht in Frage. Alle Palästinenser müssen das Land wieder verlassen, am besten in Richtung Palästina.